Rundschreiben Nr.26
(13.6.1975)

Von den in diesem R abgedruckten Materialien ergeben sich insbesondere aus dem Bericht zu unserem Auftreten anläßlich der Maßregelung zweier Lehrer sowie aus den Unterlagen von A.R. zum Forderungsprogramm der Gewerkschaftsjugend weitere Aufgaben für die Massenarbeit der Grundeinheiten. Diese Materialien sollten daher genau studiert und diskutiert werden, die darin genannten Schritte sollten gesetzt werden. Die beiden angekündigten Beiträge von G.St. über die Behandlung der Frage des Lohnkampfes und die Urlaubsfrage in unserer schriftlichen Agitation, die sich ja weitgehend mit den Referaten bei der Schulung am 21./22. überschneiden würden, kommen jetzt doch nicht. Es werden ohnehin die Referate in schriftlicher Form vorgelegt und jedem Genossen zur Verfügung gestellt. Der Fragebogen der Redaktion zum Zeitungsverkauf muß unbedingt nach jedem Verkauf ausgefüllt werden, damit wir uns einen Uberblick verschaffen können. W.F. hat dazu einige Gedanken geschrieben für dieses R. Die Stellungnahme des St.A. zur VRA vermittelt Euch auch ein ausreichendes Bild über die Aussprache mit der VRA am 9.6.. Es bleibt noch zu sagen, daß für die Woche nach dem 29.6. eine gemeinsame Mitglieder- und Kandidatenversammlung beider Organisationen vereinbart wurde, um dort über die Positionen zur NR-Wahl zu diskutieren. Sobald unsere Stellungnahme im Entwurf heraußen ist (nächste Woche), sollten sich alle Kollektive unter Heranziehung auch der "Volksmacht" auf diese Debatte vorbereiten.

W.L.

Kommentar zu "Dokumente zum Befreiungskampf der indochinesischen Völker"

Mit der vollständigen Zerschlagung der amerikanischen imperialistischen Aggression in Kambodscha und Vietnam, der Schlappe der USA in Laos sind die Völker Indochinas heute in der Lage, selbst über die Zukunft ihrer Länder zu bestimmen. Es stellt sich die Frage: Welche Ziele verfolgen sie? Wozu werden sie die Errungenschaften des Befreiungskampfes ausnützen? Welche Richtung wird der nationale Wiederaufbau nehmen? Wie werden sich ihre internationalen Beziehungen gestalten? Auf all diese Fragen kann man nur eine oberflächliche, von Augenblickserscheinungen ausgehende Antwort geben, wenn man die politischen Programme der Befreiungsbewegungen und die anderen Dokumente, in denen sie ihre Haltung zu wesentlichen Problemen ihrer Länder festgelegt haben, nicht kennt.

Die Dokumente in der Broschüre sind unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, die für die Politik der Befreiungsbewegungen und der revolutionären Regierungen heute gültigen programmatischen Grundlagen im wesntlichen vollständig zu erfassen. Es handelt sich nicht um Belege für eine historische Entwicklung. Auch das Pariser Abkommen gehört nicht der Vergangenheit an, die PRR der RSVN hat vielmehr erklärt, daß dieses Abkommen jetzt, nachdem die Hindernisse beseitigt sind, wirklich durchgeführt wird. Ebenso verhält es sich mit dem Vientianer Abkommen und der 18-Punkte-Erklärung der Provisorischen Regierung von Laos.

Die politischen Programme der Befreiungsbewegungen sind Minimalprogramme der nationalen Einheitsfront für die neudemokratische Etappe der Revolution. Demgemäß ist der soziale Inhalt der revolutionären Umwandlungen festgelegt. Weiters festgelegt sind die Prinzipien, von denen sich die Befreiungsbewegungen innen- und außenpolitisch leiten lassen und der Weg, der zur Verwirklichung des Programms beschritten werden muß. Die Programme bauen aber keine undurchdringliche Mauer zwischen der neudemokratischen und der sozialistischen Etappe der Revolution auf, sondern gerade durch ihre vollständige Verwirklichung wird der Übergang zum Sozialismus möglich.

Die Programme und anderen Dokumente legen die Aufgaben der Revolutionäre und die Lösung der Probleme prinzipiell richtig und in Übereinstimmung mit den Wünschen der breiten Volksmassen und der objektiven Lage der Länder fest. Ihre Verwirklichung ist der Maßstab, an dem die Entwicklung in Kambodscha, Laos und Südvietnam gemessen werden muß. Aus ihnen geht z.B. erst richtig hervor, warum die Vertreibung der amerikanischen Neokolonialisten für die Völker Kambodschas und Vietnams ein gewaltiger Sieg ist. In der bürgerlichen Presse wird die Sache immer so dargestellt, als würden die Ereignisse in Indochina von ungefähr diesen oder jenen Verlauf nehmen, die Entscheidungen der Revolutionsregierungen erscheinen als unvoraussehbar. Die Befreiungsbewegungen haben ihre Politik aber immer entschlossen und prinzipienfest durchgeführt.

Die Broschüre ist daher ein wichtiges Mittel, unsere Überzeugungsarbeit zu vertiefen und die werktätigen Massen in Österreich für die Unterstützung der kämpfenden Völker Indochinas zu gewinnen. Wir müssen die Menschen dazu gewinnen, sie zu studieren und sich selbst ein Bild über die Ziele der Völker zu machen. Sie trägt dazu bei, das Verständnis der österreichischen Bevölkerung für den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen zu heben.

12.6. 75 K.K.

Amerikanische Aggression:

Den Amerikanern hat der Indochinakrieg ca 35o Mrd Dollar gekostet, davon sind ca 15o Mrd allein für Waffwn ausgegeben worden.
Im Laufe des Kampfes waren ca 6oo ooo amerikanische Soldaten in Südvietnam stationiert, plus 7o ooo von Australien, Südkorea, Neuseeland, Thailand und den Philippinen, plus den 8oo ooo Mann der Thieutruppe. Das entspricht einem Verhältnis von 1:12 gegeüber den Bewohnern Südvietnams, bzw. 1:4 gegenüber den südvietnamesischen Männern.
Auf jedes Distrikt von Südvietnam wurde ein Äquivalent von 3 Hiroschima Bomben abgeworfen, bis zu 5ooo t Bomben wurden pro Tag pro Dorf auf SV abgeworfen. 7oooo t Bomben gingen allein auf Hanoi herunter. Zwischen 1973 und 1974 wurden auf Kambodscha 1 1/2 mal soviel Bomben abgeworfen wie auf Japan im 2. Weltkrieg.
1ooooode ha Wald wurden durch chemische Kriegsführung zerstört, ganze Dörfer wurden wegrasiert.
Nach dem Pariser Abkommen waren noch rund 2o ooo amerikanische, als Zivilisten getarnte Militärberater in Südvietnam.
Seit 1973 hat die Thieuclique 6oo ooo mal das Pariser Abkommen verletzt, davon 4oo ooo Angriffe auf die befreiten Gebiete.
Das von den Befreiungsstreitkräften erbeutete militärische Material entspricht allein einem Wert von 5 Mrd. Dollar.

LEBENSBEDINGUGEN IN DEN VON THIEU BEHERRSCHTEN GEBIETEN

In den letzten 2 Jahren waren die Lebenshaltungskosten um 25o-3oo% gestiegen. Dem gegenüber die Löhne der Arbeiter um 3o%. Während z.B. der Reis 1968 noch 22 Piaster gekostet hatte, war der Preis 1974 auf 3oo bis 5oo Piaster gestiegen.
7o% der Menschen unter dem Thieuregime mußten unter dem offiziellen Existenzminimum leben.
Saigoner Zeitungen berichteten von 3,5 Mio Arbeitslosen.5o% der Betriebe mußten schlie schließen, die restlichen führen die Produktion unter einer Auslastung von 3o- 8o% fort. Fischerei, Holzwirtschaft, Industrie und Landwirtschaft waren bankrott.
6oo ooo ha Reisanbaufläche waren unbebaut, das Thieuregime mußte hunterttausende Tonnen Reis importieren im Jahr.
Die Steuern, die dem Thieuregime 1973 126 Mrd Piaster eingebracht hatten, stiegen 1974 auf 264 Piaster. Das Budget defizit betrug 1974 67%.
Die Amerikaner deckten in den letzten 1o Jahren das Thieubudget zu 82- 92%.

Der Polizeiapparat Thieus umfaßte 2oo ooo Mann, plus 4oo ooo sogenannte militarized civil Servants.
In den Saigoner Gefängnissen waren 2oo ooo Menschen inhaftiert, darunter auch viele Kinder.

LEBENSBEDINGUNGEN DER BEVÖLKERUNG UNTER LON NOL

Seit dem Putsch 1970 wurde der Riel um 6oo% abgewertet.
Das Grundnahrungsmittel Reis kostete mehr als 2oo Riel pro kg, wenn man überhaupt einen bekam. Demgegnüber verdiente eine Arbeiterfamilie nur 5ooo Riel im Monat.
Außerdem horteten die Händler den Reis und behielten ihn für sich, die Bevölkerung hungerte. In Pnomh Penh mangelte es an Kohle, Wasser und Elektrizität.

1973 wurden von der Lon Nol clique folgende Gesetze verabschiedet:
- Die Militärpolizei und das Militär können sich beliebig der Waffen bedienen zur Massakrierung der Bevölkerung, die sihh gegen Lon Nol auflehnt.
- Jeder Soldat, der sich weigert, an die Front zu gehen, der seine Stellung verläßt, kann auf der Stelle getötet werden. Ebenso kann jeder Soldat, der bewaffnet in Pnomh Penh spazieren geht, auf der Stelle erschossen werden. (Dies richtete sich vor allem gegen Soldaten, die Geschäfte plünderten, weil sie schon Monatelang keinen Sold mehr bekommen hatten.)
- An allen Universitäten müssen militärische Ausbildungskurse organisiert werden, und alle Studenten müssen Reservisten werden.

ZUR ORGANISIERUNG DES BEFREIUNGSKAMPFES

Bewaffneten Einheiten :
- Selbstverteidigungskorps der Dörfer: sind die Basiseinheiten des Kampfes. Ihre Mitglieder sind halb Bauern halb Soldaten.
- die Regionalen Streitkräfte sind Kämpfer, deren Aktivität auf ein bestimmtes Gebiet beschränkt ist.
- Regülären Streitkräfte sind die eigentliche Volksbefreiungsarmee. Sie sind mobil und je nach Lage des Kampfes da und dort einsetzbar. Sie führen die strategischen Schlachten.

Organisierung des Widerstandes in den von den Marionetten kontrollierten Gebieten:
Organisationen der Alten: sie kümmern sich um die Versorgung und Unterkunft der Kämpfer.
-"- der Kinder: sie sind Späher, Aufsrürer des Feindes, Führer für die Befreiungskämpfer.
Organ. der Arbeiter: sie organisieren den Transport von Nahrugg, sie bereiten den Kampf an der Basis vor.
Organ. der Frauen: zur Versorgung und Verpflegung der Verwundeten und Verletzten und Kraaken.
Organisation der Studenten: die sorgen für die propagierung des Befreiungskampfes in den Städten.

AUFBAU DER BEFREITEN GEBIETE AM BEISPIEL KAMBODSCHAS

Landwirtschaft:
Das Land der Verräter wurde konfisziert und gemeineigentum der volksmacht und auch an landlose Bauern verteilt.
Brachliegendes Land von Eigentümern, die am Widerstand teilnahmen wird landlosen Bauern gegen die Bezahlung einer geringen Pacht übergeben.
Boden ohne Eigentümer wird von den armen Bauern bewirschaftet.
Die Paychtkosten, die bis zu 9o% der Erträge ausmachten sind jetzt gesetzlich auf ein$ Maximum von 5o% herabgesetzt.
Produktionskooperationen werden eingerichtet, sowie Verbrauchskooperativen, um die Zwischenhändler auszuschalten. Beides geschah auf freiwilliger Basis.

In der Provinz Quang Tri in Südvietnam wurde nach dem Üariser Abkommen, d.h. nach Einstellung der systematischen Bombardierungen, innerhalb von einem halben Monat 1ooooha Land urbar gemacht.

Handwerk:
Diejenige handwerkliche Produktion, die dem Volk im Befreiungskampf diente, wurde entwickelt Bekleidung, Tonwaren, landwirtschaftliche Geräte, Papier Seide Öl etc.

Versorgungsnetz wurde in den befreiten Gebieten aufgebaut, das heißt zunächst die Wiederherstellung der Straßen und Verkehrsverbindun gen.

1kg Schwienfleisch kostete früher in Pnomh Penh 5oo Riels, in den befeiten Gebieten kostete es 2o Riel.

Ausbildung:
Ausbildung im ganzen Land ist kostenlos.
Überall sind Grundschulklassen eingerichtet, vor allem Erzeihung auf Grundlage der polit. Ökonomie, medizinischen und militärischen Wissenschaften. Erziehung auch in kulturellem und künstlerischem Bereich.
Die Erziehung verbindet die Theorie eng mit der Praxis unter Berücksichtigung der Bedingungen des Landes.
Es wurde überall eine Kampagne zur Beseitung des Analphabetetentums eingeleitet. In vielen$ Dörfern können bereits alle Einwohner lesen und Schreiben.

Industrie:
Was die Entwicklung der Industrie betrifft, so ist viel dem amerikanischen Imperialismus zu"verdanken" Eine große Zahl verschiedenster industrieller Produktion für den zivilen und militärischen Bedarf wurde aus Schrott und aus den auf den Schlachtfeldern erbeuteten Trophäen gemacht.
z.B. Gebläse der Trockenöfen aus großen Splittern amerikanischer Bomben, Motorteile und Werkzeuge aus Bombensplittern, Petroleumlampen aus amerikanischen Granathülsen. Hacken, Spaten, Messer Äxte, Töpfe Teller usw. aus Teilen der abgestürzten Flugzeuge. Eine Fabrik in Ostkambodscha produzierte monatlich 15oo bis 18oo Töpfe aus feindlichen Flugzeutg- und Panzerteilen.

In den befreiten Gebieten entwickelten sich rasch kleine Fabriken, die Waffen produzierten und reparierten. Sie arbeiteten mit selbstentwickelten und modernen Methoden und steigerten die Qualitäen der Produkte und ihr technisches Niveau.
In diesen Fabriken arbeiteten vor allem Bauern, keine erfahrenen Arbeiter. "Voneinander zu lernen war der einzige Ausweg. Diejenigen, die ein bißchen Ahnung hatten, lehrten die$ anderen, die nichts wußten. Schließlich haben alle gelernt."
Unter der Führung der Organe der Nationalen Einheitsfront wurden die Erfahrungen bei der Herstellung eigener Waffen zusammengefaßt und verallgemeinert.

Medizinische Versorgung:
In jedem Weiler gibt es zwei männlich Krankenpfleger, in jedem Dorf ein medizinisches Komitee, in jedem Distrikt einen Arzt, in jeder Provinz zumindest ein Krankenhaus, 5o% der Dörfer haben eine eigenen Hebamme.
Zusätzlich zu Ärzten werden Männliche Helfer und Hebammen ausgebildet, die meisten von ihnen sind arme Leute vom Lande.
Die Ausbildung dauert 3 Jahre, davon 3 Monate Theorie und 9 Monate Praxis im Jahr.

Lazarett im befeiten Kambodscha: Mitten im Dschungel, in Hörweite der dröhnenden Geschütze an der Pnomh Penh Front Medikamente und medizinische Geräte fehlten.
So halfen sie sich selbst: Als Verbandsmaterial verwendeten sie sterilisierte Moskitonetze, und Handtücher, an Stelle von Heftpflastern benutzten sie gummiertes Papier, an Stelle von zum Nähen desinfiziertes Fischgarn. Sie stellten außerdem über 5o Arten von Medikamenten selbst her.
Das Lazarett rettete das Leben vieler ve wundeter Soldaten und bildete seit 1972 über 5o Ärzte für andere Lazarette selbst aus.

Gestützt auf eigene Kraft:
In Kambodscha ist das "Wassertuch" (ein Baumwollrechteck, das als Halstuch und Handtuch gebraucht wird) ein Gegenstand des täglichen Bedarfs. Dieser Tücher wurden früher meist aus importierter Baumwolle in städtischen Fabriken erzeugt. In den befreiten Gebieten werden die Frauen in jedem Kreis und in jedem Dorf zum Weben dieser Tücher mobilisiert. Die Massen bauen Baumwolle an und entwickeln die Seidenraupenzucht, um immer mehr Rohstoff zu liefern.
Aber auch andere Verbrauchsgüter werden aus eigener Kraft erzeugt: In den letzten 2 Jah en$ entstanden in rascher Folge kleine Fabriken, die die lokalen Rohstoffe ausnützten. Sie mache ma hen aus Bambus Papier, erzeugen Zucker aus Zuckerrohr und aus der Milch der Zuckerpalme. Seife aus Kokosnüssen und Sandalen aus dem im Land produzierten Gummi.

Heute, nach der völligen Befreiung Kambodschas ist Dank der Deiche, Wasserkanäle und Wasserreservoirs, die während der letzten 2-3 Jahre angelegt worden sind, die Ernährung der gesamten 7 Millionen Einwohner kein Problem. Das Problem die revolution. Streitkräfte$+ jetzt gegenüberstehen ist der Wideraufbau der Verkehrswege und der Industrie.
Bevor die US Imperialisten zum Rückzug gezwungen werden konnten, haben sie alle Fabriken zerstört, u.a. die Nägel-, Papier-, Gummi- und Nahrungsmittelfabriken. Mit der Landwirtschaft als Grundlage wird sich diese Wirtschaft aber wieder schnell entwickeln.
Tag und Nach wird an der Widerherstellung der Straßen, Brücken, Flugplätze Eisenbahnlinien und Häfen gearbeitet. Die Nationalstraße von Pnomh Penh und Neak Luong ist wieder frei. der Flughafen Pochentong und der Hafen Sihanoukville wird bald wieder hergestellt sein.
Aus dem täglcihen Leben ist das unanständige und verdorbene der amerikanischen Lebensweise das Fluchen und Beleidigen, das Stehlen und das Glücksspiel vollständig verschwunden, die Prostitution und die Drogen sind völlig ausgerottet.
Das freie Kambodscha hat weder im Staatshaushalt noch in der Handelsbilanz ein Defizit.$

LAOS:

jetzige Lage:
1973 als das Vietnamesische Abkommen und das Protokoll zum Abkommen unterzeichnet wurde, waren be bereits 4/5 des Landes befreit
Unter der Kontrolle der Imperialisten waren nur noch schmale Lanstriche mit den Städten Vientiane und Luang Prabang als Zentren. Die befeiten Gebieten haben sich zu einem festen Hinterland der Rec volution entwickelt.

Amerikanische Aggression$
Die US Luftwaffe stellte erst volle 3 Monate nach Unterzeichnung des Abkommens die $Angriffe ein. Jetzt versuchen sie die Marionettenarmee wieder stärker aufzubauen.
"Wir müssen den Waffenstillstand brechen" General Sananikone 1973.
Im August 1973 versuchten die US Imperialisten einen Staatsstreich mit Hilfe der ultrareaktionären des Landes. Der Putschversuch scheiterte am entschlossenen Widerstand des

Volkes.
Die US Imperialisten versuchen das vom Pathet Lao vorgeschlagenen und von der Koalitionsregierung angenommene Regierungsprogramm zu sabotieren und zu verzögern.
Tausende amerikanische Militärberater befinden sich weiterhin in den verschiedensten Verkleidungen in Laos.
Ein Netz von CIA Agenten als Entwicklungshelfer und Touristen getarnt kontrolliert noch i immer die US Gebiete. Weiterhin wird die Militärhilfe zur Ausrüstung der Marionettentruppen und zum Aufbau von Spezialtruppen fortgesetzt..
Häufig finden US Aufklärungsflüge statt.
Die US Militärbasen in Thailand werden noch bis Ende diesen Jahres aufrechterhalten. Dann müssen auf Gebot der thailändischen Regierung aufgelöst werden.
Unter Mitwrikung des CIA haben im Süden und im Norden von Laos Treffen stattgefunden, um subversive Tätogkeiten gegen die provisorische Regierung der nationalen Einheit vorzubereiten.
Laos ist das Land der Welt, das im Bezug auf die Einwohnerzahl am meisten bombardiert wurde. Insgesamt wurden 8 Mio Tonnen Bomben abgeschossen, das sind mehr als 2 Tonnen pro Einwohner.

Dieses Papier ist nichts weiter als eine Hilfe für die Agitation, eine Hilfe zur Verbesserung unseres anschaulichen Wissens. Es ist keineswegs vollständig, sondern gibt nur Beispiele über die wichtigsten Fronten des Befreiungskampfes an.
In Verbindung mit dem Studium der Dokumente der Befreiungsfronten kann es wirksam in der Agitation eingesetzt werden.
Die Beispiele aus den befreiten Gebieten stammen noch aus der Zeit des Kampfes. Heute gelten sie für das gesamte Land.

Eignet Euch die Fakten wirklich an, dazu gibt es dieses Papier!

Übersicht über die Aktivitäten der Kollektive und Zellen des KB Indochina

Kollektivverband I

Waagner Biró : Beim zweiten Auftreten bei den Haltestellen beim Betrieb spendeten bereits wesentlich mehr Kollegen von Waagner-Biró. Die hauptsächlichen Reaktionen waren Empörung über den US-Imperialismus und Befriedigung über seine Vertreibung aus Indochina. Die Überzeugung über den gänzlich anderen Charakter der neuen Regierungen ist jedoch nicht sehr groß.
Für Ende Juni ist eine Veranstaltung unter Mitwirkung von Sympathisanten ins Auge gefaßt, die versuchen werden, Kollegen aus dem Betrieb mitzubringen.

Elin : Es wurde erst ein Stand vor dem Betrieb ohne Sammlung durchgeführt, bei dem es noch nicht gut gelungen ist, das Interesse der Kollegen zu wecken. Für die nächste Zeit geplant ist eine Kundgebung mit dem "Roten Sprachrohr" vor dem Betrieb.
Im 20. und 21.Bezirk ist je eine Kundgebung an Verkehrsknotenpunkten geplant.

Großfeldsiedlung : Dieses Wochenende Auftreten zu Indochina in Form einer Kundgebung unter Mitwirkung des "Roten Sprachrohrs". Am Donnerstag, den 19.Juni um 20 Uhr ist eine Veranstaltung bei Sandner, Dopschstraße 29/1/Parterre geplant.

Kollektivverband II

Veranstaltung der Wienerbergkollektive am 26.Juni geplant.

Bisher wurde nur in Meidling aufgetreten. Dabei konnten bei einer kleinen Kundgebung mit Ausstellung über 800 Schilling gesammelt werden. Dabei wurde festgestellt, daß die meisten Menschen aus "humanitären" Gründen spenden. Man muß daher die Anstrengungen verstärken, den Menschen die Ziele des Aufbaus zu erklären, was in erster Linie eine gründliche Vorbereitung der Genossen und eine entsprechende Nutzung der Dokumentenbroschüre voraussetzt.

Kollektivverband III :

Liesing : Veranstaltung für Anfang Juli geplant, falls ein Lokal gefunden werden kann. Bis dahin Auftreten mit Ständen , vor allem in der letzten Juni-Woche geplant.

Favoriten : Veranstaltung gemeinsam mit dem Eumig-Kollektiv am 29.Juni im Laaergpark vorgesehen.

Kollektivverband IV

Ottakring und Spitäler : Auftreten nach dem bereits in einem RS veröffentlichten Plan in der Stadt- Veranstaltung am 20.Juni geplant (Gasthof Grading, 16.Bezirk, Rankgasse 19, um 19 Uhr).

Bericht über die Erfahrungen in der Agitation im nächsten Rundschreiben.

MATERIALIEN :

Für die dezentralen Aktivitäten der Kollektive stellt die Agit.P.Komm. in den nächsten Tagen bereit :
Ein Flugblatt (undatiert) mit Spendenaufruf und Text zum Aufbau des Gesundheitswesens in Kambodscha etc. Dieses Flugblatt ist als Ergänzung zu eigenen dezentralen Materialien (Flugblatt, Betriebszeitung u.dgl.) gedacht und soll mit diesen zusammengeheftet werden. Bestellung in der Druckerei !

Plakat zur Spendersammlung. Auflage 1000 Stück. Für Ständer, Plakatieren (in begrenztem Umfang) sowie zum Verkauf (10,-).

(Ftstzg. Materialien Indochina :)

Plakat zur Veranstaltungsankündigung. Einheitliche Ausführung mit freiem Kasten, in den Veranstaltungszeit und -ort eingetragen werden können. Bestellung bei der Druckerei !

DAS GESPENDETE GELD SOLI SOFORT AUF DAS SPENDENKONTO ÜBERWIESEN WERDEN MIT VERMERK : WOHER DAS GELD STAMMT : SPENDENKONTO Nr. 00-663-328 Bawag ! Alle Einheiten sollen streng darauf achten, daß kein Groschen verschlampt wird oder verspätet eingezahlt wird. Wir werden über das Spendenergebnis genau Rechenschaft legen und garantieren allen Spendern für die zweckentsprechende Verwendung jedes Groschens aus dieser Sammlung.

ÜBER DEN "FRAGEBOGEN ZUM ZEITUNGSVERKAUF"

Bei der Erstellung des Fragebogens hat sich die Redaktion hauptsächlich von vier Gesichtspunkten leiten lassen:

1. Rasche und kontinuierliche Erfassung der Verkaufszahlen

Die bisherige Zssammenstellung der Verkaufszahlen ist kompliziert und zeitraubend, weil die Abrechnung nur schleppend funktioniert. In Zukunft wird es möglich sein, praktisch jederzeit einen genauen Überblick über die tatsächlich verkauften Zeitungen zu haben. Das wird auch dem Vertrieb die Abrechnung mit den Einheiten erleichtern.

2. Erfassung der Verkaufsorte und Verkaufszeiten

Über die Effektivität der Verkaufsorte und -zeiten gibt es zur Zeit fast keinen Überblick. Ob unsere Kräfte hier wirklich optimal eingesetzt sind, kann deshalb auch niemand beurteilen. Schon wie oft und kontinuierlich man an Verkaufsorten auftaucht, entscheidet aber in einem großen Maße über Quantität und Qualität des Zeitungsverkaufs. Wichtig wird es auch sein, die Verkaufsorte, an denen der Verkauf z.B. zurückgeht, genau zu erfassen, um dann den Zellenverbänden Hinweise geben zu können, wie die Situation in ihrem Verkaufsbereich insgesamt ist und wo eventuell korrigiert werden muß.

3. Untersuchung der personellen Schwankungen

Die personellen Schwankungen beim Zeitungsverkauf führen immer wieder zum Verlust von Kontakten, insgesamt verhindern sie sehr oft die Entfaltung einer kontinuierlichen Politik. Die wesentlichste Grundlage einer solchen Politik in organisatorischer Hinsicht ist die Verwirklichung der Linie: derselbe Genosse zur selben Zeit am selben Ort. Beispielsweise würde es ja auch keinem Betriebskollektiv einfallen, die Verteilergruppe wöchentlich zu wechseln. Eine kontinuierliche Politik in der Stadt - das sollte der Zeitungsverkauf ja sein - erfordert ein kontinuierliches Auftreten der Genossen.

4. Rascher Überblick über die Erfahrungen in der Agitation

Wie z.B. sollte die Redaktion die Steuerfrage in der Juli-Nummer behandeln, wenn sie von den Erfahrungen, die die Genossen mit der Juni-Nummer dazu machen, erst Mitte Juli (wenn überhaupt!) erfahren? Eine regelmäßige und der tatsächlichen politischen Bedeutung jeder

Frage angemessene Berichterstattung ist aber ohne dieses Wissen schwer möglich - das gilt nicht bloß für die Berichterstattung, das gilt für unsere gesamte Politik. Das Berichtswesen zur Zeitung ist völlig zusammengebrochen, der Fragebogen ist ein Schritt der Redaktion zu einem Neuaufbau. Nicht ersetzen soll der Fragebogen allerdings genauere Protokolle, deren Erfahrungen auf der Ebene der Kollektive in den einzelnen Zellenverbänden zusammengefaßt werden sollten und von dort an die Redaktion gehen. Der Fragebogen liefert rasche Informationen über die Meinung der Massen - mehr kann und soll er auch nicht.

Der Fragebogen soll unmittelbar nach jedem Verkauf von der jeweiligen Verkaufsgruppe ausgefüllt werden un im Redaktionszimmer zum ehest möglichen Termin abgegeben werden (Schreibtisch, beschriftete Ablage). Die wesentlichsten Ergebnisse der Fragebögen werden mit dem Erscheinen der jeweils neuen Zeitung im Leitungsrundschreiben veröffentlicht.

Für die Redaktion:
W.F.
(12.6.75)

Entwurf:
Beschluß der Leitung zum Aufbau der Agit-Prop-Gruppe "Rotes Sprachrohr"

1. Um sich für seine Agitation und Propaganda entlang der anstehenden Aufgaben der Arbeit unter den Massen neben der Zeitung, den Flugblättern, den Wandzeitungen und Plakaten auch die Mittel der szenischen und musikalischen Agit-Prop nutzbar zu machen, schafft sich der KB mit der Agit-Prop-Gruppe "Rotes Sprachrohr" ein entsprechendes Instrument.

2. Das "Rote Sprachrohr" hat die Aufgabe, entlang der von der Organisation festgelegten Hauptaufgaben und auf der Grundlage der politischen Festlegungen der Linie musikalische und szenische Agit-Prop-Programme auszuarbeiten und nach dem festgelegten Plan im Rahmen der Tätigkeit des KB und seiner Grundeinheiten unter den Massen einzusetzen.

3. Zur Unterstützung beim Aufbau und bei der Arbeit des "Roten Sprachrohrs" zieht der KB nach Absprache mit den zuständigen Leitungsorganen Genossen mit entsprechenden politischen und künstlerischen Fähigkeiten aus den Massenorganisationen heran, die von ihren jeweiligen Grundeinheiten für die Erfüllung dieser Aufgabe entsprechend entlastet werden.

4. Das "Rote Sprachrohr" wird angeleitet:
   - allgemein wie jede Einheit und die ganze Organisation durch die Beschlüsse und Festlegungen der Organisation in Rechenschaftsbericht, Zeitung, zentralen Klaka-Flugblättern und Rundschreiben der Leitung;
   - persönlich durch die Leitung über die Agit-Prop-Kommission der Leitung.

   Die KB-Leitung bestimmt einen Genossen des "Roten Sprachrohrs" zum Verantwortlichen, dessen Aufgabe die ORganisierung der Tätigkeit des "roten Sprachrohrs" entsprechend den Festlegungen der Leitung ist. Dieser Verantwortliche wird wie die Fraktionsleiter in den Komitees einem Kollektivverband zugeordnet, um das "Rote Sprachrohr" auch in

Anleitungsstrang einzubeziehen.
Tätigkeitsplan und Einsatzplan des "Roten Sprachrohrs" legt die Agit-Prop-Kommission der Leitung fest.
Neben dem Einsatz bei zentralen Aktivitäten der Organisation kann das "Rote Sprachrohr" auch für dezentrale Aktivitäten der KB-Einheiten herangezogen werden. Diese Möglichkeit ist an die rechtzeitige Anmeldung beim Verantwortlichen des "roten Sprachrohrs" und an die Zustimmung der Agit-Prop-Kommission der Leitung gebunden. Desgleichen der Einsatz bei Veranstaltungen und anderen Aktivitäten der Massenorganisationen des KB und ihrer Einheiten.
Der Einsatz des "Roten Sprachrohrs" bei Veranstaltungen anderer Organisationen, Komitees, etc. ist an die Zustimmung des Ständigen Ausschusses gebunden.

5. Die Aufnahme in das "Rote Sprachrohr" ist wie auch die Entlastung von dieser Aufgabe an die Zustimmung des Ständigen Ausschusses der KB-Leitung gebunden.

12.6.1975

Zum Verantwortlichen des "Roten Sprachrohrs" wurde Gen.H.Sch. bestimmt. Er wird ab sofort an den Kollektivverband herangezogen.

Die Agit-prop-Kommission der Leitung wird in nächster Zukunft mit einem entsprechenden Bericht die Diskussion über eine ausgewählte Arbeit des "Roten Sprachrohrs" in der ORganisation einleiten. Die Kollektive werden aufgefordert, Erfahrungen mit dem Auftreten mit dem "Roten Sprachrohr" in ihren Monatsberichten festzuhalten.

W.L.

Bericht über unser Aufteten anläßlich der Maßregelung zweier Lehrer

Die Lehrer V.S. und P.F., die bisher am BRG/RG XV, Diefenbachgasse unterrichteten, sollen auf Betreiben der Schuldirektion von der Schule entfernt werden - V.S. durch Nichtverlängerung ihres Sondervertrags, P.F. durch Versetzung an eine andere Schule. Grund für diese Maßregelung ist das Bestreben der beiden Lehrer, Schulangelegenheiten offen unter Lehrern, Schülern und Eltern zu behandeln. Eine nähere Schilderung des Hergangs geht aus dem Offenen Brief der beiden betroffenen Lehrer an den Stadtschulrat bzw. das Krichenamt hervor, der in einem Flugblatt der Zeitung beiliegt.

Wir wenden uns dagegen, daß die beiden Lehrer von ihrer Schule entfernt werden, denn beide waren bemüht, Form und Inhalt ihres Unterrichts den Interessen des Volks entsprechend zu gestalten und ihre ganze Tätigkeit als Lehrer nach den Interessen des Volks auszurichten. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Unterstützung und Förderung aller Bestrebungen der Lehererschaft, offen über den Schulgemeinschaftsausschuß zu beraten und der Versuch, dem eingespielten Bürokratismus und Intrigenwesen der Direktion den Boden zu entziehen.

Auf diese Versuche reagierte die Direktion schließlich mit bürokratischen Maßregelungen und neuen Intrigen. Dieses Vorgehen richtet sich gegen die Tätigkeit der beiden Lehrer und aus diesem Grund gegen die Interessen des Volks. Es ist daher vollkommen richtig und die einzige Möglichkeit, daß sich die beiden betroffenen Lehrer an die Öffentlichkeit wenden und die Auseinandersetzung af ein Terrain verlegen, auf dem das Volk sie führen kann.

Wir treten deshalb dafür ein, daß die beiden Lehrer an der Schule bleiben sollen. Unser Ziel ist, daß das Volk im Gebiet der Schule für die Forderung "Die Lehrer V.S. und P.F. sollen an der Schule bleiben" eintritt und daß diese Forderung von Lehrern und Schülern in ganz Wien, sowie von den zuständigen Gewerkschaften unterstützt wird.

Der Kern unsererArbeit und der Punkt, an dem über Erfolg und Mißerfolg entschieden wird, ist die Auseinandersetzung zwischen der Direktion und den Betroffenen -Lehrern, Eltern u. Schülern. Die Hauptkraft in dieser Auseinandersetzung stellen die Eltern dar. Schüler des Gymnasiums haben bereits eine Unterschriftenaktion für diese Forderung begonen, Eltern haben begonnen, eine Versammlung zu organisieren, in der die Angelegenheit besprochen und ihr Vorgehen beraten wird. Die Kollegen von V.S. u.P.F. sind über ihr Vorgehen informiert. Vom Erfolg dieser Aktivitäten v.a. unter den Eltern hängt unser weiteres Auftreten weitgehend ab. Der besondere Schwerpunkt wird dabei sicherlich im Gebiet Meidling-Wienerberg liegen. Darüberhinaus werden wir die Sache in ganz Wien bekanntmachen. Wenn auch die Hauptkraft in der Auseinandersetzung die Betroffenen sind und vor allem deren Fortschritte zählen, so ist es doch zweckmäßig, die möglichen Reserven dieses Kampfs zu organisieren - unter Lehrern und Schülern anderer Schulen ebenso wie unter Studenten, aber auch unter den Kollegen in den Betrieben. Alle zellenmäßig arbeitenden Einheiten des KB und seiner Massenorganisationen sollten versuchen, entsprechende Unterstützungsresolutionen in ihrem Bereich zustandezubringen, die an den Stadtschulrat bzw. das Kirchenamt zu richten und den beiden Lehrern und auch der Presse und dem ORF zu übermitteln sind.

In unserem gesamten Afutreten legen wir klar, daß solche Maßregelungen kein Zufall sind. Das Schulsystem ist aufgespalten in Schultypen, die einerseits der Arbeiterjugend (und auch der Landjugend) gerade die allernötigste Bildung vermitteln und andererseits eine "Elite" zu Dienern der herrschenden Klasse zu erziehen sucht. Willige Dienser findet die Bourgeoisie dabei in den raktionären Teilen der Lehrerschaft. Gerade solchen Kräften müssen Lehrer wie V.S. und P.F. ein Dorn im Auge sein.

Das Schulsystem steht unter der Kontrolle des bürgerlichen Staats. Mit Hilfe seines bürokratischen Apparats, der über Gesetze und Ermessensregelungen verfügt, sorgt er dafür, daß das Schulwesen der herrschenden Klasse und niemandem sonst dient. So müssen auch alle Versuche fortschrittlicher Lehrer, im bestehenden Schulsystem den Interessen des Volkes zum Durchbruch zu verhelfen, am Widerstand der Schulbürokratie scheitern.

Die Reformen der SP-Regierung haben an dieses Schulsystem nicht getastet. Sie haben lediglich einige neue, zusätzliche Hebel geschaffen für die staatliche Kontrolle nebst einigen Gremien, die den Anschein eines Einflusses des Volks auf das Schulwesen erwecken sollen.

Die Interessen des Volks im Bildungswesen sind, daß die Kinder des Volks nicht mit bürgerlicher Ideologie vollgestopft werden; daß das Volk nicht aufgespalten wird, sondern alle Kinder eine allseitige polytechnische Ausbildung erhalten; eine Ausbildung, die ihnen die Fähigkeiten vermittelt, die sie für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie brauchen.

Aus diesen Gründen verbinden wir die Forderung, daß die Lehrer V.S. u. P.F. an der Schule bleiben sollen mit dem Eintreten für die Kontrolle

über das Volksbildungswesen durch die Organe der örtlichen Selbstverwaltung und für die Wahl, Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Lehrer durch das Volk. Das Auftreten gegen die Maßregelung der beiden Lehrer liegt auf der Linie dieser Forderungen; in unserem Auftreten stellen wir schließlich die Frage, wer entscheiden soll, ob die Lehrer bleiben oder nicht.

10.6.75 H.W.

Ergänzung zum Bericht über unser Auftreten anläßlich der Maßregelung zweier Lehrer

Es liegen nun bereits erste Reaktionen vor. Wie es zu erwarten war, wirken sich in diesem Fall die Widersprüche im bürgerlichen Lager stark aus. Dazu kommen noch günstige äußere Umstände wie das breitere Bekanntwerden der Maßregelung der Vorarlberger Lehrerin J. und auch der anlaufende NR-Wahlkampf.

Der Stadtschulrat, der in Wien von der SP verwaltet wird, hat auf den Offenen Brief sofort reagiert und eine Untersuchungskommission eingesetzt, die V.S. und P.F. zu dieser Angelegnheit befragt hat. Diese Maßnahme wurde allen, die den Offenen Brief von V.S. und P.F. erhalten hatten schriftlich mitgeteilt. Weiters heißt es im Schreiben des Stadtschulrats: "Außerdem habe ich angeregt, daß sich der SchGA des BG 15 mit dieser Frage befaßt und mir eine Stellungnahme übermittelt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden selbstverständlich keinerlei Maßnahmen getroffen."

Diese rasche Reaktion zeigt, wie stark in diesem Fall die Widersprüche im bürgerlichen Lager zum Tragen kommen. Wenn die Arbeit jetzt weiter verstärkt wird, ist ein voller Erfolg durchaus möglich, denn bisjetzt konnte noch überhaupt kein direkter Druck auf die Schulbürokratie ausgeübt werden, lediglich der indirekte auf dem Weg des offenen Briefs.

Eine Unterstützung für die beiden Lehrer wurde bisjetzt zum Ausdruck gebracht vom Bund demokratischer Lehrer und Erzieher (KP), vom Bund Sozialistischer Akademiker, vom VSStÖ und von einer "Solidaritätsgruppe kritischer Katholiken". Von den beiden erstgenannten Organisationen wurden Solidaritätstelegramme abgeschickt. AZ und Volksstimme haben bisher über die Angelegenheit berichtet. Die Linie der AZ ist, die beiden Lehrer als Kämpfer für die Mitbestimmung an den Gymnasien und Verteidiger der SchUG hinzustellen. Der Fall wird als Vehikel benutzt, um die SP-Schulreform an den Mann zu bringen und zu zeigen, daß sie nur durch die Obstruktion der Schwarzen nicht voll zum Tragen kommt und demokratische Schulen bringt; sowie hervorzustreichen, daß in Wien ein Fall Larcher nicht möglich ist, wiel die SP die Schulbehörden stellt. Mit umgekehrtem Vorzeichen nahm die Volksstimme die gleiche Linie auf. "Tiroler Praktiken auch in Wien?" hieß es in ihrem ersten Artikel, und der Stadtschulrat wurde frontal angegriffen. Am nächsten Tag war deshalb auch schon ein Rückzieher nötig, mit der üblichen Selbstanpreisung ("Die Volksstimme hat den Fall aufgerollt.."). Nun heißt es, daß es doch merkwürdig sei, "daß Schuldirektoren in Wien Praktiken anwenden wie sie bisher nur im 'Schwarzen Tirol' ...angewendet wurden."

In beiden Fällen haben wir es mit bürgerlicher Propaganda zu tun. Wir haben bisher den linken Fehler vermieden, die Widersprüche im bürgerlichen Lager unbeachtet zu lassen. Wir müssen uns jetzt vor dem rechten Fehler hüten, den bürgerlichen Kräften die Initiative zu übertragen. Unser selbstaändigen Agitation und Propaganda kommt deshalb große Bedeutung zu. Wir müssen daran festhalten zu erklären, daß die beiden Lehrer Unterstützung verdienen, weil sie bestrebt waren, die Schulangelegenheiten als öffentliche Angelegenheiten zu behandeln; daran, zu zeigen, daß das Volk keinen Einfluß auf das Volksbildungswesen hat, und daß es die vollständige Kontrolle darüber braucht. Mit dieser Linie stehen wir im Gegensatz zu all den bürgerlichen Kräften. Eine Einigung mit ihnen ist nur in einer einzigen Frage möglich, nämlich in der Forderung, daß die beiden Lehrer bleiben sollen.

Uns geht es nicht wie den Revisionisten darum zu zeigen, daß die SP letzten Endes auch nicht besser ist als die ÖVP, darüber überrascht zu tun und sich schließlich als die einzige Alternative anzubieten. Wir wollen den Kampf führen gegen den bürgerlichen Staat, und alle Fragen, wo die Volksmassen in Widerspruch zu diesem Staat geraten, dafür ausnützen.

Wir werden deshalb auch den Fall eines Gitarrelehrers vom Mupäd 3, Kundmanngasse, der gegen den Wunsch seiner Schüler wegen seiner Unterrichtsform von der Schule entfernt werden soll (u.zw. zur Abwechslung durch einen SP-Direktor) aufgreifen. Allerdings liegt der Fall anders und muß auch getrennt behandelt werden. Material dazu wird noch erscheinen.

Abschließend die Verteilerliste des Offenen Briefs von V.S. und P.F. Solidaritätserklärungen sollten ~~xxxxxxxx~~ an die Presse und den ORF gesandt werden.

Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Sektion Höhere Schule
Fachausschuß der Personalvertretung beim Stadtschulrat für Wien
Gewerkschaftsvertrauensleute an den Wiener AHS

Sozialistischer Lehrerverein Österreichs
Österreichische Professoren Union
Bund demokratischer Lehrer und Erzieher
Verband der Professoren Österreichs
Vereinigung zur Unterstützung der Volkskämpfe, Sektion VBW

Demokratische Studenten Union
Evangelische Studentengemeinde
Gruppe Revoltuionäre Marxisten
Katholische Hochschuljugend
Kommunistischer Studentenverband
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation
Österreichische Studenten Union
Ring Freiheitlicher Studenten
Verband Sozialistischer Studenten Österreichs

Anstoß
Arbeiterzeitung
APA
Die Furche
Für die Volksmacht
Klassenkampf
Kleine Zeitung
Kronenzeitung
Kurier
Neues Forum
ORF
Die Presse
Profil
Rennbahn-Express
~~xxxxxxxxx~~ Rotfront
Solidarität
Spectrum
Stern
Volksstimme
Wiener Tagebuch
Wiener Zeitung
Wochenpresse

14.6.1975 H.W.

Zum Studium von W.I.Lenins "Staat und Revolution", II.Kapitel

1. Schon am Vorabend der Revoution von 1848 stellten Marx und Engels fest, daß das Proletariat die soziale Revolution nur durchführen kann, wenn es die Diktatru des Proletariats errichtet. Zweck der proletarischen Staatsmacht ist die Niederhaltung der Ausbeuterklassen und die Führung der anderen ausgebeuteten Klassen. Aus diesem Grund ist der proletarische Staat zugleich absterbender Staat, und das zeigt sich darin, daß er zur Organisierung der Unterdrückung der Ausbeuter das Mittel der umfassendsten Demokratie nutzt.
2. Aus der Revolutionszeit 1848-1851 zeiht Marx die Schlußfolgerung, daß alle bisherigen Revolutionen die Staatsmaschinerie vervollkommnet haben, statt sie zu zerbrechen. Damit war die Grundlage der marxistischen Staatslehre geschaffen. Der bürgerliche Staatsapparat mit seinem Beamtentum und seinem stehenden Heer zielt darauf ab, die Ausbeuterordnung zu sichern, indem er die ausgebeuteten Klassen und insbesondere die Arbeiterklasse niederhält. Dieser Unterdrückungsapparat muß notwendigerweise immer mehr verstärkt werden. Dies zwingt die Arbeiterklasse, die Staatsmaschinerie zu vernichten. Der Imperialismus treibt diese Frage nur auf die Spitze.
3. Das historische Verdinest von Marx besteht darin, nachgewiesen zu haben daß
   -die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist
   -daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt
   -daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klasseb und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.

Die Anerkennung der Diktatur des Proletariats ist der Prüfstein für das wirkliche Anerkennen des Marxismus. Die Diktatur des Proletariats ist notwendig für die ganze historische Periode, die den Kapitalismus von der "klassenlosen Gesellschaft", vom Kommunismus trennt. Dabei kann der proletarische Staat ebenso verschiedene Formen annehmen, denen nur ihr Wesen - die Diktatur des Proletariats - gemeinsam ist wie der bürgerlichen Staat, dessen gemeinsames Wesen stets die Diktatur der Bourgeoisie darstellt.

Fragen für die Diskussion

1. Inwiefern führt die Lehre vom Klassenkampf notwendig zur Anerkennung der Diktatur des Proletariats? Worin besteht die doppelte Aufgabe der Diktatur des Proletariats? Wie wird diese doppelte Aufgabe in den sozialistischen Ländern verwirklicht?
2. Wie hat sich die bürgerliche Staatsmaschinerie in Österreich seit dem vorigen Jahrhundert vervollkommnet? Wie und warum führen die bürgerlichen Parteien einen ständigen Kampf um die Verwaltung des Staatsapparats? Weshalb kann die Arbeiterklasse diesen Staatsapparat nicht einfach übernehmen? Wie ist die Revolution in den Ländern, in denen seit der Herausbildung des Imperialismus die Arbeiterklasse gesiegt hat, verlaufen? Bestätigen diese histroischen Erfahrungen die Lehren Lenins?

3. Was ist das Neue an der Lehre von Marx? Worin äußert sich die Entstellung des Marxismus bei den modernen Revisionisten? Was ist die entscheidende Frage für das Herankommen an die sozialistische Revolution? Wird diese Frage in folgendem Punkt behandelt (Aus den politisch-ideologischen Leitsätzen des 22.Parteitags der KPÖ):"49.Die Möglichkeit, einen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, hängt entscheidend von den Formen des Herankommens an die sozialistische Revoltuion ab: von der Stärkung der Kommunistischen Partei; von der politisch-ideologischen Reife, von der Kampfentschlossenheit, von der Aktionseinheit der Arbeiterklasse; von der Festigkeit der Bündnisse mit anderen werktätigen Schichten; von den Veränderungen, die in Staat und Wirtschaft noch vor dem Struz des Kapitals durch Massenkämpfe durchgesetzt werden konnten, und schließlich von den internationalen Bedingungen und Kräfteverhältnissen." Entspricht die Auffassung der Sowjetrevisionisten, die Sowjetunion sei ein "Staat des ganzen Volkes" den Lehren Lenins? Weshalb ist diese Auffassung falsch?

Kontrollfragen für die Wiederholung

1. Warum muß die Arbeiterklasse die politische Macht ergreifen? Was ist das Ziel der Diktatur des Proletariats?
2. Was ist das Grundlegende in der Marxistischen Staatslehre? Hat sich diese Aufgabenstellung mit der Herausbildung des Imperialismus gewandelt?
3. Was ist das Neue an der Lehre von Marx? Was ist der Prüfstein für die Anerkennung des Marxismus und warum? Verschwindet die Diktatur des Proletariats allmählich noch vor der Errichtung des Kommunismus?

14.6.1975 H.W.

DIE KOMMUNISTEN MÜSSEN IN DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE BERUFSAUSBILDUNG EINGREIFEN!

(Der folgende Bericht wurde von der Leitung am 7.6. zur Kenntnis genommen).

Die "Aktion 75" (Fragebogenaktion über die Berufsausbildung), 1.2oo jugendliche Demonstranten in Linz und das Hauptthema "Berufsausbildung" beim Anfang September stattfindenden Bundeskongress der ÖGJ sind die deutlichstnn Beispiele dafür, dass die Unzufriedenheit der Jugendlichen mit ihrer Ausbildung weiter wächst. Der KB Wien hat bis jetzt kaum eine Arbeit unter der werktätigen Jugend gemacht, auf jeden Fall kann man nicht davon sprechen, dass wir eine Politik in dieser Richtung entwickelt hätten. Das Folgende soll ein erster Ansatz dazu sein. In den Kollektiven und Zellen sollte darüber diskutiert werden, sodass am Montag, dem 23.6., um 19 Uhr im Lokal eine Beratung der Jugendverantwortlichen der Zellen oder eines anderen Vertreters des Kollektivs (falls es noch keine solche Verantwortlichkeit gibt) stattfinden kann.

Mit einer genaueren Einschätzung der Entwicklung der Berufsausbildung in Österreich (Gesetzgebung, statistische Daten, Veränderung der Haltung der Gewerkschaft zum Ausbildungssystem, Entwicklung und Zustand der Berufsschulen, geplante arbeitsrechtliche Veränderungen, usw.) und den Interessen der Kapitalisten an Änderungen in der Berufsausbildung wurden bereits Genossen beauftragt.

Die "Aktion 75" und ihr Reformplan

Das 197o in Kraft getretene Berufsausbildungsgesetz konnte in keiner Weise die Unzufriedenheit der Jugend mit der Ausbildung beseitigen. Seit 2 Jahren arbeitet die ÖGJ an einem Reformplan für die Berufsausbildung. Zur Mobilisierung für ihren Plan startete sie eine Fragebogenaktion ("Aktion 75"), in deren Rahmen bis März über 8.ooo Antworten eingelangt sind.

Bei dieser Aktion konnten von zehn Forderungen drei als "sehr wichtig" angekreuzt werden. Erste Auswertungen zeigen folgendes Bild (Hallo 3/75):
5 der 1o Forderungen wurden in der nach Lehrjahren bzw. Alter abgestuften Untersuchung als "sehr wichtig" empfunden:

+ Berufskundlicher Unterricht in der Pflichtschule
+ Gründliche Berufsvorbereitung im Polytechnischen
+ Verkürzung der Lehrzeit (spricht auf Leerläufe und Missbrauch als billige Arbeitskräfte an)
+ Verbesserung der Berufsschulausbildung und keine Benachteiligung gegenüber Schülern anderer Schultypen ("Benachteiligung" spricht darauf an, dass Allgemeinbildung, politische Bildung in der BS untergeordnete Dinge sind)
+ Beildungsmassnahmen für Jugendliche ohne Berufsausbildung.

Diese Forderungen haben den deutlichsten Bezug auf die herrschenden Missstände: Sie beziehen sich auf die völlige Trennung der Pflichtschulausbildung von Produktion und Arbeitsleben (1 und 2), auf die Missstände in der Lehrzeit und die Tatsache, dass ein grosser Teil der Jugendlichen mit dem Abgang von der Pflichtschule von jeglicher Bildung ausgeschlossen ist und sein Leben lang dadurch benachteiligt ist.

Die anderen 5 Forderungen fanden keinen besonderen Anklang:
+ Die Forderung nach einem "Berufsausbildungsfonds" (obwohl mit "zur Unterstützung von Ausbildungsplätzen" angepriesen)
+ Verstärkte Berufsforschung
+ Verbesserung der Ausbildung der betrieblichen Ausbildner
+ Überbetriebliche Lehrwerkstätten
+ Einschränkung der Lehrberufe (spricht auf Bestehen von 3o4 Lehrberufen an - allerdings lernen 9o % in 35 Berufen).

Ohne diese Auswertung überbewerten zu wollen, zeigt sie meiner Meinung nach: Die Jugendlichen fühlten sich vor allem durch jene Forderungen angesprochen, die sich gegen die von ihnen erfahrenen Zustände richten. Weniger Interesse und Vertrauen zeigten sie zu jenen Massnahmen, die von den Sozialdemokraten als Mittel zur Lö-

sung des Problems angeprieser werden.

Den Hauptteil der Ergebnisse der Salzburger Bundesarbeitstagung der ÖGJ (April 1975) machen aber keineswegs klare Forderungen gegen die herrschende Misere aus, sondern ein ausgeklügelter 33seitiger Reformplan.

Seine Hauptpunkte: Eine Zentralbehörde (besetzt von den Sozialpartnern) soll die Berufsausbildung verwalten;

ein Berufsbildungsfonds soll (gespeist aus Umlage, die 2 % der Bruttolohnsumme für jeden Unternehmer ausmacht) "anerkannte" Lehrbetriebe fördern (bzw. überbetriebl. Ausbildungsstätten);

ein Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung soll Arbeitsmarktforschung betreiben und Berufsbilder und BS-Lehrpläne auf die Anforderungen ausrichten;

eine Bildungs- und Berufsbildungsberatung ("ab Vorschulalter") soll die Steuerung der Jugendlichen je nach Bedarf übernehmen.

In einer ersten Einschätzung kann man sagen, dass die ÖGJ-Pläne darauf hinauslaufen, die Verwaltung der Berufsausbildung unter die Obhut der Sozialpartner zu bringen sowie den staatlichen Einfluss zu stärken. Den Kapitalisten mit Lehrwerkstätten sollen diese unsicheren Investitionen abgenommen werden durch die Heranziehung aller Unternehmer. Es ist zu erwarten, dass Subventionen aus Steuergeldern nicht ausbleiben.

Sozialpartnerkontrolle, staatlicher Einfluss und Finanzierung aus Steuergeldern (für Berufsbildungsforschung schon fix geplant) - das sind keine Forderungen, mit denen die Sozialdemokraten die Arbeiterjugend hinter sich sammeln können. Deshalb müssen sie diese als geeignetes Mittel verkaufen für die Änderung der Verhältnisse in der Berufsausbildung. Deshalb mussten sie sowohl in den 10 Fragen der "Aktion 75" wie in der Einleitung zur Programmschrift "Für eine moderne Berufsausbildung" diese Verhältnisse kritisieren und so an der Empörung darüber anknüpfen.

Nur so haben sie die Chance, die Unzufriedenheit und die Bewegung unter den Jugendlichen auf ihre Reformpläne ausrichten zu können.

Unsere Aufgabe:

Wir stehen vor der Situation, dass in der Arbeiterjugend eine Auseinandersetzung geführt wird über die Berufsausbildung. Und dass diese Auseinandersetzung in einer Zeit, wo in einigen Bundesländern bereits Jugendarbeitslosigkeit droht, natürlich breiter wird und um klare Antworten geht.

Weil die Kommunisten ihre Position dazu noch nicht festgelegt und schon gar nicht verbreitet haben, spielen in dieser Auseinandersetzung die Forderungen der Arbeiterklasse noch keine Rolle.

Wir müssen feststellen, dass von unseren Einheiten kaum Jugendarbeit gemacht wurde. Wenn, dann sehr betrieblich beschränkt und ohne Klarheit darüber, was die Arbeiterklasse in bezug auf die Jugend für ein Ziel verfolgen muss. In den wenigen Fällen des Auftretens bei JVR-Wahlen ist die Oberflächlichkeit und Willkür in der Aufstellung von Forderungen zu bemerken.

Die Forderungen zum Volksbildungswesen

+ Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

+ Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen

werden zwar in unserer Organisation als richtig angesehen. Sie haben aber bisher - wie von mehreren Organisationen der jungen kommunistischen Bewegung schon festgestellt worden ist - nur bei den kommunistischen Lehrern, Mittelschülern und Studenten eine Rolle gespielt, gerichtet gegen die völlige Absonderung eines Teiles der Jugend von der Produktion und der Arbeiterklasse. Wenn es uns nicht gelingt, diese Forderungen zur Leitlinie vor allem unserer Arbeit unter der Arbeiterjugend zu machen, werden wir aber ewig danebenstehen. Es bestehen aber günstige Voraussetzungen dafür, dass uns das gelingt:

+ Gerade die Tatsache, dass wir durch den ÖGJ-Kongress und seine Vorbereitung sozusagen hineingestossen werden in diese Aufgabe, wird uns davor bewahren, unsere betriebliche Jugendarbeit dadurch zu "beleben", dass wir mit der Lupe nach Missständen in der Lehrwerkstätte, Schikanen durch einen Ausbildner o.ä. suchen. Damit würden wir uns gegenüber dem ÖGJ-Programm als sehr beschränkte Geister auszeichnen.

+ Diese Tatsache wird uns auch vor der Beschränkung auf die Lehrlinge bewahren; wenn wir den grossen Anteil ungelernter Arbeitskräfte v.a. bei der weiblichen Jugend (z.B. Elektroindustrie) betrachten, zeigt das deutlich die Fehler unserer bisherigen Arbeit.

+ Sie wird uns davor bewahren, weiterhin den Lehrlingen aus Kleinbetrieben keine Perspektive zeigen zu können.

+ Die Tatsache, dass wir praktisch von Anfang an mit der ÖGJ konfrontiert sind, wird verhindern, dass wir die Gewerkschaft aus dem Spiel lassen, wenn es um die Durchsetzung von Rechten gegenüber dem bürgerlichen Staat geht.

+ Und schliesslich werden wir dadurch, dass die Beschlüsse des ÖGJ-Kongresses eine entsprechende Beschlussfassung am ÖGB-Kongress vorbereiten sollen, direkt darauf gestossen, die Sache nicht als "Jugendfrage" zu behandeln.

Unser Ausgangspunkt

muss sein, dass es einen Kampf gibt zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Jugend. Und dass das jetzige Ausbildungswesen mit seiner Kontrolle durch die Bourgeoisie (Staat, Unternehmerverband, Einzelkapitalist) und mit seinen Stufen, Differenzierungen und Spezialisierungen das wesentlichste Mittel zur bürgerlichen Beeinflussung der Jugend und zur Verkümmerung der Fähigkeiten und Anlagen der Arbeiterjugend und zu ihrer Deklassierung ist.

Die Forderungen der Arbeiterjugend (Unentgeltliche .....; Übergabe .....;) richten sich gegen die Kontrolle der Volksbildung durch die Kapitalisten und ihren Staat und zielen auf den Erwerb grundlegender Kenntnisse durch alle Jugendlichen ab, damit sie die herrschenden Zustände durchschauen und dagegen kämpfen können und auch zur Leitung von Staat und Produktion befähigt werden.

Das ist die Perspektive, die wir jeder Regung gegen das kapitalistische Ausbildungssystem weisen müssen. Die Forderung nach "Unentgeltlicher ....." richtet sich auch gegen die Ausbeutung der Jugend und ermöglicht es dadurch, dass sich dahinter die gesamte Jugend sammelt.

Wie muss der Kampf darum geführt werden?

Es kann sich nicht darum handeln, den jetzigen Zuständen sozusagen einen Idealvorschlag entgegenzuhalten. So zeigen z.B. gerade verschiedene Punkte des ÖGJ-Programmes, wie sich fast "natürlich" die Forderung nach polytechnischer Einheitsschule als Antwort auf die bestehenden Zustände ergibt. In der Kritik an diesen müssen wir unsere Forderung entwickeln. Das macht eine Verbesserung unserer Untersuchungsarbeit notwendig.

Das zweite, was wir berücksichtigen müssen ist, dass die Forderungen zum Volksbildungswesen im Moment keine Aktionslosungen sind. Dass aber Kämpfe gegen die jetzigen Zustände geführt werden können und müssen. Dass wir daher Teilforderungen entwickeln müssen für solche Kämpfe. Diese Teilforderungen müssen auf der Linie der Forderungen der Arbeiterjugend liegen. Wenn das nicht unsere Richtschnur ist,

werden wir uns angesichts der vielen Misstände und Reformvorschläge selbst in Widersprüche verwickeln und den Plan verlieren.

Ein Beispiel ist die Berufsforschung und -beratung:
Wenn wir wirklich für die Forderung nach "Unentgeltlicher ...." sind, sind wir Gegner der frühen Spezialisierung und dafür, dass die Jugendlichen eine theoretische und praktische Ausbildung in den Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion erhalten. Die Berufsforschung und -beratung verfolgt den Zweck, die Jugendlichen in jene Berufe zu lenken, die die Kapitalisten brauchen und eine solche Ausbildung zu forcieren, wie gerade die Anforderungen der Kapitalisten bestehen. Jeder Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung des Ziel der Einheitsschule entzieht der Berufsberatung und -forschung aber ihre Existenzberechtigung. Bei Schulpflicht bis 18 und polytechnischer Ausbildung verliert sie ihren Sinn und Vorteil für die Kapitalisten. Das ist meiner Meinung nach eigentlich eine ausreichende Position zu diesem Problem. Wenn es in einem Papier des KB Linz heisst, dass bei der Berufsberatung entscheidend ist, unter welcher Kontrolle sie steht, ist das ein Zeichen dafür, dass mit Ausrichtung auf die Forderungen der Arbeiterklasse zum Volksbildungswesen noch nicht immer ernstgemacht wird.

In der nächsten Zeit steht der ÖGJ-Kongress im Vordergrund

Ein entscheidendes Mittel zur Sammlung der Kräfte hinter der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule und hinter richtigen Teilforderungen ist der gewerkschaftliche Zusammenschluss. Wegen der bevorstehenden ÖGJ- und ÖGB-Kongresse steht das in der nächsten Zeit besonders im Vordergrund. Auf diesen Zusammenschluss müssen wir überall dort hinarbeiten, wo wir dazu die Möglichkeit haben, im Betrieb, in der Ortsgruppe (auch in der Berufsschule und im Jugendzentrum). Heute wird das in den meisten Fällen erst auf den Ebenen der Gewerkschaftsjugend möglich sein.

Wenn es uns gelingt, die Arbeit rasch zu entwickeln und die gestehenden Kontakte zu nützen, besteht die reale Chance, dass auch auf dem ÖGJ-Kongress diese Forderungen zur Sprache kommen.

Unsere Betriebszellen stehen vor der Aufgabe, im Betrieb eine breite Meinungsbildung über die Ausbildung einzuleiten. Die relative Bekanntheit der "Aktion 75" usw. ist ein guter Boden dafür. Das Vorgehen muss sich nach den konkreten Bedingungen richten. Es ist aber sicher notwendig, auf den JVR in dieser Richtung einzuwirken. Wo es möglich ist, sollte man einen Beschluss auf einer Jugendversammlung zum ÖGJ-Kongress bzw. Programm anstreben.

Bei der Beratung am 23.6. wird darüber gesprochen werden, wie am besten die Meinungsbildung und Untersuchung im KB in dieser Frage fortgeführt werden kann (einige Kritikpunkte am ÖGJ-Programm sind an diesen Bericht gefügt). Weiters sollte das genauere Vorgehen der Kollektive/Zellen besprochen werden. Die Jugendverantwortlichen sollen zu diesem Treffen eine Aufstellung der Kontakte zur JVR und ÖGJ-Gruppen mitbringen, die das Kollektiv bzw. die Genossen der Massenorganisationen, die unter Anleitung der Kollektive den Klaka verkaufen, haben.

A.'.

Einige Kritikpunkte an der Einleitung zum ÖGJ-Programm

Auf diese Einleitung wird sich in der Hauptsache unsere Kritik beziehen müssen, denn hier wird Kritik an der Berufsausbildung geübt und damit das ÖGJ-Programm begründet. Weil es die Unzufriedenheit auf die Mühlen der sozialdemokratischen Reformpläne lenken will, ist es voller Widersprüche. Weil es das klare Ziel, die polytechnische Einheitsschule, nicht nennen darf, erscheint es als Sammelsurium aller möglichen Vorschläge.

* Die ÖGJ fordert "besondere Bildungsmassnahmen" für jugendliche Arbeitnehmer, die "noch immer aus verschiedenen Gründen ohne Berufsbildung ins Berufsleben eintreten" (E.A.). Die "verschiedenen Gründe" lassen sich in 9o % der Fälle auf einen reduzieren: Aus finanziellen Gründen können es sich viele Familien nicht leisten (v.a. nicht bei allen Kindern), die Kinder noch einige Jahre zu erhalten (17 % der männl. und 33 % der weibl. Jugend ergreifen keinen Lehrberuf).

Wir müssen uns gegen die Ursache dieses Zustandes richten, indem wir die Anhebung der Lehrlingsentschädigung auf eine höhe fordern, dass sie sich selbst versorgen können.

Die ÖGJ fordert für die jugendlichen Arbeitnehmer besondere Bildungsmassnahmen, die in der Berufsschulpflicht bestehen (S. 29). Laut "Arbeit und Wirtschaft" 5/75 (S. 35) wurde auf der Salzburger Tagung die BS-Pflicht abgelehnt und die Möglichkeit des BS-Besuches durch nicht länger als 2 Jahre (1 Tag pro Woche) gefordert!

Wir sind gegen jede Form besonderer Bildungsmassnahmen, weil sie kein Schritt zur Aufhebung der Aufspaltung der Jugendlichen durch das jetzige Bildungssystem sind. Wir sind für die BS-Pflicht auch für jugendliche Arbeitnehmer, aber unbedingt in einem solchen Umfang und mit dem Ziel, dass sie die Facharbeiterprüfung ablegen können. Und verbunden mit der Forderung nach Bezahlung dieser Zeit durch die Kapitalisten, was in Österreich (zum Unterschied zur BRD) hervorgehoben werden muss!

Bei jeder Forderung nach Ausdehnung und Hinaufsetzung der Schulpflicht müssen wir im Auge behalten, dass die finanzielle Situation die Grundlage dafür ist, dass die Schulpflicht von den Arbeiterjugendlichen selbst umgangen wird. Deshalb müssen wir alle Forderungen in dieser Richtung mit solchen Forderungen verbinden, die auf eine materielle Absicherung der Inanspruchnahme dieses Rechtes abzielen.

Bei jeder Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht müssen wir in diesem Sinn für die Versorgung der Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lehrmitteln auf Staatskosten eintreten.

* Die ÖGJ fordert die Ersetzung der Kontrolle der Berufsausbildung durch die Interessensvertretung der Kapitalisten durch die Kontrolle durch Staat und Sozialpartner.

Wir vertreten die Ansicht, dass, solange es keine Einheitsschule gibt, die Ausbildung der Arbeiterjugend weiterhin eine Privatsache der Kapitalisten bleibt, weil die Vergabe einer Lehrstelle ihre Privatangelegenheit bleibt.

Die Arbeiterklasse kann kein Interesse daran haben, diese Verhältnisse durch Beteiligung der Gewerkschaft an der "Zentralbehörde" zu vertuschen.

Deshalb fordern wir die Ablehnung einer Beteiligung des ÖGB und statt dessen das volle Inspektionsrecht für BR und Gewerkschaftsvertreter!

* Auf die Jugendarbeitslosigkeit nimmt die ÖGJ keinen direkten Bezug (Jugendarbeitslosigkeit droht im Herbst v.a. in Teilen der Steiermark und Oberösterreichs - in OÖ werden 2000 Schulabgänge, v.a. Mädchen, keine Lehrstelle finden, bei der Vöest z.b. bewarben sich 1000 Jugendliche um 300 Lehrstellen!)

Die KPÖ begrüsst einerseits die ÖGJ-Forderung nach Ausdehnung der BS-Pflicht auf Jungarbeiter, fordert aber - scheinbar darüber hinausgehend - die "gesetzliche Voraussetzung für garantierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen" zu schaffen (Volksstimme, 6.6.). Diese Forderung weise keinen Ausweg für die Jugend aus der drohenden Arbeitslosigkeit bzw. der Verurteilung zum Hilfsarbeiterdasein. Hinter ihr ist keine Einheit möglich, weil sie kein einheitliches Ziel anstrebt, sondern nur ein Appell an den Staat ist, dort einzuspringen, wo die Privatkapitalisten auslassen. Auf ihrer Linie ist auch kein aktueller Kampf möglich, um ein Teilziel: Denn das wären statt genug, eben vorerst nur ein paar Ausbildungsplätze. Und schliesslich lässt sie auch ein Hintertürl offen für Subventionen an Unternehmer für Lehrstellen, wenn damit nur die Ausbildungsplätze vermehrt werden können.

Warum aber sollte die Voraussetzung für Berufsausbildung ein Lehrverhältnis (beim Staat oder Unternehmer) sein? Wer wirklich das Ziel einer garantierten Ausbildung für alle Jugendlichen verfolgt, warum sollte der nicht dafür eintreten, dass auch die praktische Ausbildung in einer Einheitsschule, mit Schulpflicht bis 18 Jahre erfolgt? Nur die Durchsetzung dieser Forderung würde die Ausbildung der Verfügung der Kapitalisten entreissen und zu einem allgemeinen Recht machen. Hinter ihr ist die grösstmögliche Einheit herzustellen. Auf ihrer Linie können auch Teilziele formuliert werden, die einen aktuellen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und

Hilfsarbeiterlos leiten können:
Die Ausdehnung der BS-Pflicht nicht nur auf die Jungarbeiter, sondern auch auf alle Lohnabhängigen, die keine Arbeit/Lehrstelle finden. Das Recht für diese auf die Teilnahme an einer Schulklasse ihrer Wahl. Das Recht auf Unterricht in einem solchen Umfang, dass sie die Facharbeiterprüfung ablegen können. Ihre Anerkennung als Arbeitslose und Anspruch auf ein Arbeitslosengeld in der Höhe, die auch die Lehrlingsentschädigung haben soll: dass sie sich selbst versorgen können!

* Gegen die Misere der Ausbildung durch den einzelnen Kapitalisten wendet sich die ÖGJ im wesentlichen durch die Forderungen nach Subventionierung "anerkannter" Lehrbetriebe und nach Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsstätten.

Wir müssen dagegen aufzeigen, dass der Ausweg aus der Misere der Ausbau der BS ist in Richtung polytechnischer Einheitsschule, also den Zustand, dass die Ausbildung der Arbeiterjugend eine Privatsache der Kapitalisten ist, zu beseitigen.

Mit dieser Blickrichtung unterstützen wir die Forderung des ÖGJ nach einem Anteil der BS von 40 % oder 2 Tagen an der Ausbildung. Mit derselben Blickrichtung aber lehnen wir überbetriebliche Lehrwerkstätten "zum Ausgleich von Qualitätsunterschieden" (ÖGJ) wie die KPÖ-Forderung nach "staatlichen Lehrwerkstätten als dominierende Form der Lehrlingsausbildung" (Volksstimme, 25.4.) ab und treten dagegen für den Ausbau und die Schaffung von Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen ein.

* In bezug auf den Platz der BS im Bildungswesen fordert die ÖGJ die "Durchlässigkeit" zu Matura und Hochschule und die enge Verbindung des polytechnischen Lehrganges mit der Berufsschule.

Wir sagen dazu, dass die jetzige Berufsschule umgewandelt werden muss in den letzten Abschnitt der polytechnischen Einheitsschule, die für alle Jugendlichen obligatorisch sein wird. Die Sinnlosigkeit des jetzigen polytechnischen Lehrganges kann auch nur überwunden werden durch die klare Ausrichtung auf die Einheitsschule mit theoretischem und praktischem Unterricht in allen Hauptzweigen der Produktion. Die Abgetrenntheit der Pflichtschule von Produktion und Arbeitsleben, auf die die ÖGJ mit der Forderung nach "berufskundlichem und berufsorientierendem Unterricht" reagiert, wird auch erst beseitigt werden, wenn die polytechnische Ausbildung als wesentliches Bildungsziel durchgesetzt worden ist.

A.R.

MITTEILUNG DER DRUCKEREI/TECHN. STAB !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Aufgrund des Terminchaos in der Druckerei und im Technischen Stab (Tippen, Layout und Labor) sind alle Druck- und Abziehabsichten ab sofort ausnahmslos in der Druckerei anzumelden (auch Verschiebungen!)

Kommunistischer Bund Wien

Halbgasse 12
1o7o W i e n

Wien, 13.6.1975

An
VRAÖ (ML), KB Graz, KB Linz, KB Tirol, KB Salzburg/Hallein, KG Klagenfurt.

Liebe Genossen!

Wir übermitteln Euch folgende Stellungnahme des Ständigen Ausschusses der Leitung des KB Wien über das Verhältnis des KB Wien zur VRAÖ (ML):

Bei der Aussprache zwischen den Leitungen der VRA und des KB Wien am 9.6. 1975 ist es nicht gelungen, die Auseinandersetzung um das von uns kritisierte Verhalten der VRA-Genossen zum 1. Mai beizulegen. Die Genossen von der VRA haben die von uns in unserem Brief vom 13.5. erhobenen Vorwürfe teils bestritten, teils gerechtfertigt. Sie haben auch, wie bereits in ihrem Brief vom 26.5., versucht, diese konkreten Vorwürfe durch den Hinweis auf die "allgemein unbefriedigende Situation im Hinblick auf die Bemühungen um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten" zu unterlaufen.

Rekonstruieren wir nochmals die Ereignisse und fassen wir unsere Kritik zusammen: Wir hatten bereits am 16.3.1975 in unserem "Rundschreiben Nr. 15" vorgeschlagen, KB Wien und VRA sollten einen gemeinsamen Stand und eine gemeinsame Demonstration durchführen, wobei die Freiheit der eigenständigen Agitprop in der Demonstration gewahrt bleiben sollte. Ebenso sollte eine politische und organisatorische eigenständige Mobilisierung für die Demonstration erfolgen. Diese Vorschläge entsprachen auch der Vorgangsweise im Vorjahr. Da seitens der VRA keine anderen Vorstellungen geäussert wurden, auch nicht bei der Konferenz am 29./3o.3., bei der ein gemeinsamer Maiaufruf verabschiedet wurde, mussten wir von einem Einverständnis ausgehen. Am 17.4. traten wir neuerlich an die VRA heran, um die Gestaltung eines gemeinsamen Standes und die Modalitäten der Demonstration zu besprechen. Es wurde eine Aussprache für den 22.4. vereinbart. "Bei dieser Aussprache war es dann plötzlich bereits zu spät": "Angesichts der kurzen noch verbliebenen Zeit mussten wir uns entscheiden. Und wir haben am 22.4. deshalb mitgeteilt, dass unsere Vorbereitungen für den Stand so weit gediehen waren, dass keine Änderungen mehr möglich sind."

Wir halten daher den Vorwurf aufrecht, dass die VRA keinerlei Interesse an einem gemeinsamen Stand zeigte; es hätte ja auch sie an uns herantreten können "angesichts der kurzen noch verbliebenen Zeit".

Dass der KB Wien seine Losungen für die Demonstration und damit den politischen Inhalt, den er in die Demonstration tragen wollte, bereits festgelegt hatte, widerspricht selbstverständlich weder den Vereinbarungen noch dem Geist der Zusammenarbeit, denn die Freiheit der Agitprop in der Demonstration musste ausser Frage stehen.

Der zweite Vorwurf war, dass die VRA formell der Demonstration zustimmte, wir daher bis zum 1. Mai selbst davon ausgehen mussten, dass es sich im Prinzip um eine gemeinsame Demonstration handelte, dass die VRA aber keinen Finger rührte für die Mobilisierung für diese Demonstration. Kein Wort stand in der "Volksmacht", wo auch nicht einmal erwähnt wurde, dass es ein gemeinsames Auftreten unserer beiden Organisationen zum 1. Mai gibt. Die VRA verweist in ihrem Brief vom 26.5. auf einen "Brief an unsere Wiener Genossen, Aktivisten und Leser", in dem das anders wäre. Die entsprechende Stelle dort lautet aber:

"Unsere Veranstaltungen: Kundgebung und Demonstration am 1. Mai in Wien. Treffpunkt ab 8 Uhr (!) am Ring beim Maria-Theresien-Denkmal. Gemeinsame 1. Mai-Demonstration mit anderen ML-Gruppen in Innsbruck. ..... Unterstützt die VRA am 1. Mai! Vorwärts zu weitern Erfolgen!"

Bei der Aussprache am 9.6. erklärten die VRA-Genossen, mit "unsere Veranstaltungen" sei selbstverständlich auch der KB Wien gemeint gewesen.

Aufschlussreich ist auch die Berichterstattung über den 1. Mai in Wien in der "Volksmacht" Nr. 100, in der ebenfalls die Demonstration und der KB Wien nicht einmal erwähnt werden. Dass "viele Kader der VRA" es ablehnten, an der Demonstration teilzunehmen, verteidigten die VRA-Genossen bei der Aussprache am 9.6. ebenfalls.

Wir hielten daher bei der Leitungsaussprache an den von uns erhobenen Vorwürfen fest. Die VRA ihrerseits wies diese zurück und beharrte auf ihrem Brief vom 26.5.

Wir haben daraus folgende Konsequenzen gezogen:

1. Der KB Wien übermittelt den anderen KBs und der KG Klagenfurt diese Stellungnahme und eine Kopie des vorausgegangenen Briefwechsels.
2. Bei der zukünftigen politischen Zusammenarbeit mit der VRA müssen alle Vereinbarungen schriftlich niedergelegt werden, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden.

Diese Konsequenzen wurden der VRA bei der Aussprache am 9.6. mitgeteilt.

Die Vorfälle um den 1. Mai gewinnen noch an Bedeutung angesichts der in der "Volksmacht" Nr. 101 vertretenen Positionen zum Verhältnis zwischen KB Wien und VRA, die uns zum Zeitpunkt der Aussprache am 9.6. noch nicht bekannt waren. Was hier gesagt wird, geht nicht mehr von einer gleichberechtigten Beziehung zweier selbständiger politischer Organisationen aus, sieht in seiner ganzen Stossrichtung auf die Diffamierung unserer Organisation ab und auf ihre Unterordnung unter die VRA und stellt damit die elementarste Voraussetzung jeder Zusammenarbeit und der Bemühungen um die Einheit der Marxisten-Leninisten in Frage.

Dazu haben wir folgendes zu sagen:

1. Keinesfalls stimmt der Ausgangspunkt der VRA-Stellungnahme, dass

es bei der Einheit der Marxisten-Leninisten Österreichs "konkret um die Einheit der revolutionären Arbeiter, welche die Traditionen, Grundsätze und Ziele der früheren Kommunistischen Partei Österreichs bewahrt haben, mit revolutionär gesinnten jungen Intellektuellen". Was die österreichische Arbeiterklasse vielmehr braucht, und worum es daher geht bei den Einheitsbestrebungen der österreichischen Marxisten-Leninisten, ist der Aufbau einer starken Arbeiterorganisation, einer sowohl der Polik als auch der sozialen Zusammensetzung nach proletarischen Organisation. Das schliesst die Mitgliedschaft von Intellektuellen nicht aus, aber man kann den Charakter der aufzubauenden Organisation und der anzustrebenden Einheit nicht als Zusammenschluss von Intellektuellen und Arbeitern darstellen. Diese falsche Sichtweise geht bei der VRA allerdings mit der schlimmsten "Arbeitertümelei" einher. Sie zielt darauf ab, die Bemühungen um die Einheit zwischen dem KB Wien (und den anderen KBs) und der VRA nicht als ein Verhältnis zweier politischer Arbeiterorganisationen darzustellen, sondern als ein Verhältnis von "jungen, revolutionären Intellektuellen" zu den "revolutionären Arbeitern".

2. Dazu ist zuerst folgendes festzuhalten: Der KB Wien wurde Ende 1972 gegründet von 13 Genossen, von denen 1o Intellektuelle waren. In den zweieinhalb Jahren seit seinem Bestehen ist auf ca. 65 Mitglieder und Kandidaten angewachsen, von denen nur mehr weniger als die Hälfte Intellektuelle sind. Von diesen geht ein Teil einer Beschäftigung als Arbeiter oder kleiner Angestellter nach, ein anderer Teil als mittlerer Angestellter, die Zahl der Studenten ist minimal. Die VRA in Wien besteht nach allen unseren Kenntnissen in ihrem aktiven Kern, der mit unserer Mitgliederschaft vergleichbar ist und den wir bisher zu Gesicht bekommen haben, ebenfalls zur Hälfte aus Arbeitern und Angestellten und zur anderen Hälfte aus Intellektuellen. Im KB Wien sind zahlenmässig mehr Arbeiter organisiert als in der VRA. Der KB Wien ist bemüht, die soziale Zusammensetzung der Organisation ständig zu verbessern und Arbeiterkader heranzubilden und immer mehr zu Leitungsaufgaben heranzuziehen. Intellektuelle nimmt er gegenwärtig nur in Ausnahmefällen auf. Die Kandidaten sind fast ausschliesslich Arbeiter und Angestellte. In der zentralen Leitung dominieren gegenwärtig allerdings noch Intellektuelle.

Es entbehrt jeder Grundlage, wenn die VRA den KB Wien als "Intellektuellenorganisation" darstellt.

3. Die VRA verfolgt damit allerdings bestimmte Zwecke. An die Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung mit unseren Positionen tritt in der "Volksmacht" Nr. 1o1 der Hinweis, dass wir halt ein "Intellektuellenverein" wären. Die "Zwischenbilanz" in der "Volksmacht" Nr. 1o1 handelt von der "Psychologie des Intellektuellen", als ob die Richtigkeit oder Falschheit einer Position sich aus der sozialen Zugehörigkeit dessen ergäbe, der sie vertritt. So kann man sich um den Meinungskampf drücken und an die Stelle der politischen Diskussion um richtig und falsch die Diffamierung setzen. Denn was ist es sonst, was an uns an "Kritik" geübt wird: Wir hätten "erstmals begonnen, auf einfache Arbeiter zu hören, statt nur darauf aus zu sein, sie zu belehren". Der KB Wien hört schon seit jeher auf die Masse der einfachen Arbeiter und versucht, seine Politik dementsprechend zu verbessern. Wie sonst hätte unsere Organisation wachsen und z.B. unsere Zeitung eine Auflage von gegenwärtig 4.5oo, davon ca. 4.ooo, also wahrscheinlich das Fünffache der gesamtösterreichischen Auflage der "Volksmacht", allein in Wien erreichen können? Wir "machen bisweilen (!) sogar (!) ernsthafte Anstrengungen", die "Volksmacht" zu lesen. Wir hätten halt "objektiv begründete Dünkel", aber immerhin lassen wir uns auf Diskussi-

onen mit revolutionären Arbeitern ein". Ist es nicht in Wahrheit ein geradezu unglaublicher Dünkel, wenn für die VRA "die revolutionären Arbeiter" - einfach die VRA sind? Ist es nicht ein geradezu unglaublicher Dünkel, wie die VRA sich "arbeitertümelnd" an die Brust klopft und sich als "die Arbeiter" uns, "den Intellektuellen", gegenüberstellt? Was für ein Dünkel steckt doch hinter Sätzen wie "Siehst Du, lieber Genosse Intellektueller, so redet ein einfacher Bauer mit Dir"! Mit was für einem Dünkel weist die VRA auf sich als "die einfachen Arbeiter" hin! Und ist es nicht die altbekannte Leier der modernen Revisionisten, die Leier von "Studenten", "Phrasen", "Buchwissen", "realitätsfremd", "Dünkel" usw.usf., an die wir hier in der "Volksmacht" erinnert werden? Wir haben zwar eine "reaktionär-bürgerliche Linie", die "sich unter dem Mantel der 'Einheit' einschleichen will", aber auch "positive Eigenschaften" wie " Disziplin, Einsatzbereitschaft, kämpferische Initiative usw". Anders ausgedrückt: Zwar ist unsere Politik falsch, und zwar weil wir angeblich ein "Intellektuellenverein" sind, aber "die revolutionären Arbeiter" klopfen uns dennoch auf die Schultern, weil wir immerhin fleissige und brave junge Burschen sind. Manchmal führt diese Haltung, die an die Stelle der politischen Auseinandersetzung die soziale Demagogie setzt, zu offener Feindseligkeit und Gehässigkeit, so z.B. in der "Volksmacht" Nr. 98: "Es ist immer sehr erfreulich (!), wenn junge Menschen im revolutionären Sinn tätig sein sollen. Die Frage gilt es allerings erst zu beantworten, ob diese Tätigkeiten auch sinnvoll sind im revolutionären Sinn". Die "Volksmacht" Nr. 101 hat inzwischen wohl mit dem Vorwurf der "reaktionär-bürgerlichen Linie" die Antwort darauf geliefert.

Ein besonders übles Beispiel sozialer Demagogie ist auch der Artikel von K.G. in der "Volksmacht" Nr. 101, in dem einem Mittelschullehrer, der einen Leserbrief geschrieben hat, statt seine politischen Positionen zu widerlegen, niederträchtige und überhebliche Vorhaltungen gemacht werden, dass er ein Intellektueller ist. Uns würde es niemals einfallen, als Argument gegen die politischen Auffassungen des Schreibers des Artikels, des Genossen K.G., die Tatsache heranzuziehen, dass K.G. keineswegs ein "kleiner Bauer" oder ein "Bergbauer" ist,+) sondern vielmehr ein Sägewerksunternehmer in Friesach.

4. Der unterschwellige Gedanke, der sich durch die ganze Polemik der VRA zieht, ist der, dass so wie die Intellektuellen, überhaupt, wenn sie eine fortschrittliche Rolle spielen wollen, sich der Arbeiterklasse unterordnen müssen, sich auch in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs "die jungen, revolutionären Intellektuellen" "den revolutionären Arbeitern" unterordnen müssen, was bereits nicht mehr richtig ist, und sich schliesslich der KB Wien der VRA unterordnen muss. Die VRA steuert die "proletarische Linie" bei zur "Einheit der Marxisten-Leninisten", wir die "Disziplin", usw.usf. Dementsprechend kann man in der Kuba-Broschüre der VRA lesen, welche Gefahr "die Intellektuellen", sprich: der KB Wien, für die revolutionäre Bewegung Österreichs sind. Man wundert sich nicht nur an dieser Stelle, wieso die VRA nicht die Beziehungen zu uns abbricht und uns, wenn schon, dann konsequent, als Agentur des Klassenfeindes bekämpft.

Genossen von der VRA! Glaubt Ihr wirklich, dass soziale Demagogie und eine solche äusserst dünkelhafte Haltung den Einheitsbemühungen förderlich sind? Glaubt Ihr wirklich, dass wir uns auf diesem Boden verständigen und miteinander verkehren können? Ihr habt nicht eine "härtere Gangart" der Auseinandersetzung eingeschlagen, was uns nichts ausmachen würde, sondern eine politisch falsche Gangart.

+) als was er sich in der "Volksmacht" immer ausgibt,

In Richtung Einheit kann es nur gehen, wenn des Verhältnis zwischen unseren Organisationen politisch, nicht nur formell-organisatorisch, als ein Verhältnis der Gleichberechtigung und der prinzipiellen Gleichwertigkeit behandelt wird. Im Geist der "Volksmacht" Nr. 1o1 können wir uns gegenseitige Beziehungen nicht vorstellen.

In diesem Sinn werden wir unsere politische Linie in all den Fragen, die auch Ihr in Eurer Zeitung aufgeworfen habt, positiv darstellen. Wir hoffen, dass im Unterschied zur "Zwischenbilanz" in der "Volksmacht" Nr. 1o1 in Zukunft die inhaltliche politische Auseinandersetzung in den Vordergrund tritt.

Wir ersuchen Euch, diese Stellungnahme in Eurer Zeitung abzudrucken und uns umgehend zu verständigen, ob Ihr diesem Ersuchen nachkommt!

Ständiger Ausschuss
der Leitung des KB Wien

13.6.1975